

**Bericht über den Workshop
“Development of
Youth Entrepreneurship and Start-ups”
der
ORGANIZATION OF THE
BLACK SEA ECONOMIC COOPERATION (BSEC)
01. – 03. April 2009
Istanbul**

Vom 1. bis 3. April 2009 nahm Prof. Dr. Weißbach vom Institut für Entrepreneurship des Fachbereichs Wirtschaft und Recht der FH Frankfurt am Main als geladener Experte an einem Workshop von Vertretern der Länder der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSEC) in Istanbul statt. Ziel war die Bestandsaufnahme der Aktivitäten im Bereich der Förderung des Entrepreneurship und der KMU sowie die Intensivierung des Entrepreneurship-Training für Junge Menschen. Kooperationspartner waren die türkische Mittelstandsstiftung TOSYÖV, ERENET, das Forschungsnetz der mittel- und osteuropäischen Hochschulen zum Thema Entrepreneurship und KOSGEB, die türkische Entwicklungsorganisation für KMU, Sponsor war die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation ist eine regionale Wirtschaftsorganisation mit Rechtsstatus. Sie wurde 1992 in Istanbul gegründet. Ihm gehören die sechs Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres sowie sechs weitere Staaten an. Sitz der BSEC und ihres permanenten Sekretariats ist Istanbul.

Die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation will Frieden, Stabilität und Wohlstand in der Region durch wirtschaftliche Zusammenarbeit befördern. Zölle und nichttarifäre Hindernisse zwischen den Staaten sollen reduziert, die Grenzformalitäten harmonisiert werden. Die Staaten verpflichten sich, Investitionen sowie gemeinsame Bank- und Finanzvereinigungen mit dem Ziel einer regionalen Wertpapier-Börse zu fördern. Sie wollen außerdem bei Umweltschutz, Transport, Energie und Telekommunikation sowie Wissenschaft, Technologie, Landwirtschaft zusammenarbeiten.

Im Laufe der Jahre stellte sich heraus, dass die Interessen der Mitgliedsstaaten sehr heterogen waren. Die Effizienz der Wirtschaftskooperation wurde innerhalb der Organisation daher häufiger in Frage gestellt.

Dr. Antal Szabó, wissenschaftlicher Direktor von ERENET, wies einleitend darauf hin, dass sich unter den BSEC-Ländern drei EU-Staaten, aber auch viele Transitionsländer finden, die alle mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen zu kämpfen haben. Nach ILO-Angaben waren 2005 von weltweit 660 Mio. junger Menschen 85 Millionen arbeitslos und 300 Millionen „working poor“

(Einkommen < 2 \$ / Tag). Die arbeitslosen jungen Menschen stellen 44 % der weltweiten Arbeitslosen dar. Am höchsten ist die Betroffenheit in Nahost und Nordafrika (Folgen der Abhängigkeit von der Ölförderung?), dann in Mittel- und Osteuropa. Es gibt zwar keine Lösungen, die für alle diese Länder passen – „no one fits all“. Doch steht überall die systematische Förderung des Youth Entrepreneurship auf der Tagesordnung – auch in der Krise.

Viele Länder der Schwarzmeerkoooperation sind besonders von der Krise betroffen. Die Abwertung ihrer Währungen gegenüber Euro und Dollar seit Herbst 2008 beträgt bis zu 30 %. Im großem Umfang in der Zeit des billigen Geldes aufgenommene Euro- und Dollarkredite können nun trotz niedriger Zinssätze kaum noch getilgt werden. Die Programme zur Förderung von KMU und Entrepreneurship schwanken derzeit zwischen noch planwirtschaftlich anmutenden Sechsjahresplänen mit rein quantitativen Zielparametern und Soforthilfeprogrammen für angeschlagene KMU und Start-ups.

Dieter Ibielski als deutscher Experte, Unternehmensberater und Mitglied des Präsidialbeirats der Union Mittelständischer Unternehmen (UMU) ging differenziert auf die Inhalte einer Entrepreneur Ausbildung und die zu entwickelnden individuellen Kompetenzen ein, die sich an den Phasen des Gründungsprozesses orientieren sollen.

Prof. Dr. Weißbach gab einen Überblick über die Verankerung der Idee des Entrepreneurship in den Curricula deutscher Ausbildungseinrichtungen, ihre politische Inanspruchnahme durch verschiedene nationale und EU-Akteure sowie ihre nicht immer klaren Bezüge zur und Wirkungen auf die neue EU-Beschäftigungspolitik.

Für Albanien berichtete Helidon Bushati, Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Handel und Energie, dass Liberalisierungsfortschritten, die die Existenzgründungen begünstigt haben, eine schwache öffentliche Infrastruktur und eine schwache Verwaltung gegenüber stehe. Die Wirtschaft sei extrem importabhängig. 93 % der albanischen Unternehmen sind Mikrounternehmen mit unter 10 Beschäftigten, allein 50 % sind im Handel tätig.

Für Armenien betonte Kristina Tereshchatova vom nationalen KMU-Entwicklungszentrum, dass man u.a. mit deutscher Hilfe ein klar fokussiertes KMU-Entwicklungsprogramm für die Bereiche Bau, Transport, Dienstleistungen (z.B. Touristik, Bed & Breakfast) und Kommunikation aufgelegt habe. Die relativ kurzen Trainingsprogramme beginnen mit einem Assessment; die Erfolgsquote betrage ca. 25 % (was in der Diskussion als eher niedrig bezeichnet wurde, weil doch eine aufwändige Vorselektion der Bewerber stattgefunden habe).

Nasimi Zakir Ismailov, Vertreter des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung aus Azerbaidjan berichtete von einer starken Dynamik von KMU und

Rumänien, vertreten durch Adriana Corica Tirica vom Ministerium für KMU, Handel und Business Environment hat mit EU-Hilfe einen Sechsjahresplan 2007-13 zur KMU-Förderung mit sieben Teilprogrammen konzipiert, darunter eines für junge Unternehmer und eines zur Verbesserung des Zugangs zum Kapitalmarkt. Ab 2008/09 sind weitere EU-finanzierte Programme u.a. zur Entbürokratisierung von Gründungen innerhalb von drei Tagen („one stop shop“) angelaufen. 50 % der Gründer sind hoch qualifiziert, ein Drittel Frauen, die meist in den urbanen Dienstleistungsfeldern gründen.

Ana Zegarac von der Trainingsabteilung der serbischen (relativ staatsunabhängigen) Agentur für KMU und Entrepreneurship und zuständig für die Auslandskooperation hielt einen beeindruckenden Vortrag, der zeigte, dass bei einer Arbeitslosenquote von 40 % der 15- bis 30-Jährigen die Soforthilfe gegen die Insolvenz der bestehenden Unternehmen im Vordergrund stehen muss. Daneben existieren Businessplan-orientierte Trainingsprogramme für Gründer.

Veronika Putilina vom russischen Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung legte dar, dass innerhalb kurzer Zeit Konjunkturprogramme zur Bekämpfung der durch die aktuelle Krise schwer erschütterten KMU entwickelt wurden. Der Außenhandel sei seit 2008 um 35 % eingebrochen – eine Folge der Ölabhängigkeit – und die Zahlungskette sei in Teilbereichen zusammengebrochen. Die Regierung habe sich entschlossen, auch Euro- und Dollar-kredite vom KMU systematisch in großem Umfang zu refinanzieren und die Gründung speziell von unter 30-Jährigen zu erleichtern, indem ihnen die Trainingskosten komplett erlassen und Steuer- und Bilanzpflichterleichterungen gewährt werden.

Tetiana Kovalova vom staatlichen ukrainischen Komitee für Fragen der juristischen Regulation zeigte, dass dort die Idee des Entrepreneurship noch in den Kinderschuhen steckt. Es gehe zunächst einmal um die Beschleunigung der Reformen im politisch-juristischen Bereich, um die Reduzierung der Zahl der bei einer Gründung zu beschaffenden Dokumente usw. Auch die Infrastruktur für KMU sei noch unzureichend.

Das Gastgeberland Türkei war gleich mit mehreren Präsentationen vertreten: Mümtaz Oguz Tas von der industriellen KMU-Entwicklungsorganisation (KOSGEB)

Berichtete über 26-stündige Kurzurse für junge Entrepreneurs und 42-stündige Kurse für Hochschulabsolventen. Diese berechtigen bei Erfolg zu Beantragung von Krediten in Höhe von 5.000 bis 20.000 €. 1500 Trainees haben diese Programme bisher durchlaufen. 11 Inkubatoren wurden für arbeitslose Gründer eingerichtet (wir würden eher Gewerbehöfe oder Handwerkszentren dazu sagen).

Frau Can Bayraktat von der Young Businessmen Association of Turkey (TÜ-GIAD) berichtete über Entrepreneurclubs, die Start-up-Tools wie Foren und Chatrooms, Websites mit FAQ und Erfolgsgeschichten sowie Leselisten anbieten.

Frau Gülseren Onanc von KAGIDER (Women Entrepreneurs Association) berichtete, dass Gründer in der Türkei im Durchschnitt 25 bis 34 Jahre alt sind (also 5 Jahre jünger als in Deutschland) und mittlere (selten höhere!) Schulabschlüsse aufweisen. Nur 6 % (73.000) von 1,2 Mio. türkischen KMU werden von Frauen geleitet – EU-weit sind dies 28 %. Ein konservativer Lebensstil und geringe Vermögensressourcen beeinträchtigen die Gründungschancen von Frauen. Allerdings schneidet die Türkei in vielen Parametern nicht schlechter ab als Deutschland: Der GEM 2006 stellt fest, dass die Türkei Platz 25 von 42 untersuchten Ländern im internationalen Gründungsgeschehen einnimmt.

Frau Onanc wies darauf hin, dass die Idee des Entrepreneurship viel mit der Demokratie zu tun habe: informiert sein, intelligente Entscheidungen treffen, eigene Interessen vertreten, die Entscheidungen verantworten.

Zusammenfassend kann man Folgendes feststellen:

Die Länder des BSEC zerfallen in mehrere Gruppen:

- solche, die z.T. schon sehr erfolgreich bei der Attraktion von ausländischem Investment waren (Rumänien, Türkei, daneben Bulgarien, Aserbaidschan), welches nun in der Krise wegzubleiben droht. Hier wurde nie wirklich zwischen der Entrepreneurausbildung und der Ausbildung von Kadern für die internationalen Unternehmen unterschieden; ob man aber Menschen, die schon davon träumten, in internationalen Unternehmen zu arbeiten, wieder auf den dornigen Entwicklungspfad von KMU umorientieren kann, oder ob sie in den Westen drängen werden, ist offen;

- andere Länder, die noch ganz am Anfang der KMU-Entwicklung stehen (Ukraine, Moldova) und zunächst noch mit dem Wegräumen von Entwicklungshemmnissen befasst sind;

- wieder andere, die eine gewisse endogene KMU-Dynamik auch ohne maßgebliche Mitwirkung internationaler Akteure zu verzeichnen hatten, die jedoch jetzt durch die Krise zusammenzubrechen droht (Russland, Serbien; in gewissem Sinne auch Griechenland mit seinem traditionellen KMU-Sektor); hier dienen die Programme vor allem auch der Dämpfung allgemeiner und politischer Unzufriedenheit;

- und schließlich Länder wie Armenien, Albanien und Georgien, in denen KMU-Gründungen und -Wachstum sich quasi in einem staatsfreien Raum vollzogen haben und auf die der Staat wegen Ressourcenmangel nur sehr begrenzt fördernd einwirken kann.

Gewisse Risiken sehen die deutschen Experten

1. in der hohen direkten und z.T. beherrschenden Staatsbeteiligung an den Programmen vieler Länder und der geringen Beteiligung privater Banken (so gibt es kaum Äquivalente zur deutschen KfW);
2. in den teils starken finanziellen Anreizen, die potenziellen Gründern schon dann gewährt werden, wenn sie sich nur für ein kurzes Entrepreneurstraining zur Verfügung halten, und in der starken Fixierung auf den Businessplan als Erfolgskriterium solcher Ausbildungsgänge;
3. in der teils frühzeitigen Selektion von Teilnehmern und in formalisierten Auswahlverfahren, bei denen (halb-)staatliche Akteure eine große Rolle spielen, und in nicht wirklich transparenten und gründlich evaluierten Trainingsinhalten;
4. in der Überfrachtung vieler EU- und ESF-Programme mit politischen Ansprüchen. Am Beispiel Griechenlands wurde das Problem diskutiert, dass die Forderung der EU nach sog. „horizontalen“ Programmen, die viele Politikbereiche (Arbeitsmarkt, Soziales, Jugend, KMU-Förderung, Exportbasisstärkung, Förderung des internationalen Investments) und Zielgruppen (Arbeitslose, Studierende, Frauen, Minoritäten) einbeziehen und vernetzen sollen, tendenziell zur Überladung der Programme mit den Ansprüchen der verschiedenen Politiksektoren führt. Wenn dazu noch Vorgaben hinsichtlich der regionalen und branchenspezifischen Wirtschaftsförderung kommen, sei das Risiko groß, dass keines der Ziele erreicht werde, da eine klare Fokussierung fehle.

Chancen und z.T. Vorteile gegenüber den alten EU-Ländern sehen die deutschen Experten

1. in der Bereitstellung von erheblichen Kapazitäten für Kurztrainings von Entrepreneurs und KMU-Inhabern aller Altersstufen, zu dem auch nicht privilegierte Gruppen Zugang haben;
2. in der systematischen Einbeziehung und Förderung von Frauen, was sich auch in der Zusammensetzung der Teilnehmer/innen der Konferenz ausdrückte;
3. in der massiven Berücksichtigung von Start-ups und KMU bei den aktuell aufgelegten Konjunkturprogrammen zur Krisenbekämpfung;
4. in der in Entwicklung begriffenen stärkeren Einbeziehung von höheren Sekundarschulen und Hochschulen (z.B. durch Planung von Bachelor-Programmen für Entrepreneurs und Förderung des Youth Entrepreneurship in Schulen. Selbst das Traditionsgymnasium von Debrecen / Ungarn lehrt inzwischen Entrepreneurial Thinking als Form des individuellen kreativen Problemlösens, so Dr. Szabó, allerdings gilt auch: „Niemand, der noch kein T-Shirt auf der Straße verkauft hat, sollte Entrepreneurship lehren!“);
5. in einer fortschreitenden Deregulierung und Entbürokratisierung des Umfeldes von KMU, bei der die Kammern, Sozialpartner usw. nur einen geringen (jedenfalls nicht bremsenden) Einfluss auf das Gründungsgeschehen haben;

6. in der in vielen Fällen wirksamen Bündelung von Förderung, die einer Zersplitterung und Intransparenz vorbeugt, wie sie in Deutschland durch die 16 Bundesländer z.T. gefördert wird.

Im nächsten Jahr soll die Wirkung der Krise auf die KMU und Existenzgründer in den BSEC-Ländern evaluiert werden. Insbesondere ist zu fragen, ob durch die teils hohen Anreize und die massive Förderung nur eine neue Blase bei den Existenz- und Unternehmensgründungen induziert wird. Ein Workshop von ERENET zum Thema Youth Entrepreneurship soll 2010 an der FH Frankfurt am Main stattfinden.